

# Streit um Bildungsbegleiter

## Grüne entfachen hitzige Debatte im Rat / Große Mehrheit für Projekt-Fortsetzung

Von Alexander Schäfer

**HAMM** ▪ Nach einer teils hitzigen Debatte hat der Rat gestern die Weiterführung des Projektes „Bildungsbegleitung an Hammer Schulen“ zugestimmt. Einzig die Grünen votierten dagegen, ihr Antrag die kommunalen Mittel in Höhe von jährlich 1,2 Millionen Euro statt dessen in die Schulsozialarbeit zu stecken, wurde abgeschmettert. Auf Antrag der SPD sicherte Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann (CDU) zu, dass die Bildungsbegleiter bis 2021 dauerhaft von der Stadt finanziert werden.

Für den rhetorischen Tiefschlag in der Diskussion sorgte Karsten Weymann. Der Grünen-Ratsvertreter disqualifizierte die Aussage von Angela Kettner (SPD), dass Schulsozialarbeiter im Ge-

gensatz zu den Bildungsbegleitern nicht präventiv arbeiten, als „ausgemachten Schwachsinn“. Kettner hatte zuvor auch deshalb für die Bildungsbegleiter geworben, weil diese „enorm zur Armutsbekämpfung beitragen“. Die große Koalition beim Thema Bildungsbegleiter machte Hunsteger-Petermann komplett. Er bezeichnete die eingesetzten Sozialpädagogen als „ganz wesentlichen Bestandteil“ des Projektes „Kein Kind zurücklassen“. Die Schulsozialarbeit habe auch ihren Stellenwert, sei aber nicht das Gleiche. Die Bildungsbegleiter würden für bessere Schul- und Karrierechancen der Kinder sorgen.

Grünen-Fraktionschef Reinhard Merschhaus erklärte dagegen, dass zum Beispiel das

förderndem Verhalten tägliche Aufgabe der Lehrer sei. Aus fast 40-jähriger Berufserfahrung wisse er, dass diese Arbeit bei den Lehrern richtig angesiedelt sei. Wenn, wie bei den Bildungsbegleitern, das Job-Center, das Jugendamt und die freien Träger mit am Werk sind, produziere man kein Netzwerk, das Kindern und Eltern hilft, sondern „ein Labyrinth, in dem sich alle verlaufen und das viel Geld kostet“. Zudem zweifelte Merschhaus die Aussagen der Verwaltung hinsichtlich der Erfolge der Bildungsbegleiter an. „100 Prozent der Eltern haben eine persönliche Beratung durch die Bildungsbegleitung gewünscht“, zitierte er aus der Vorlage und sagte in Richtung der anderen Fraktionen: „100 Prozent? Glauben Sie das? Ich nicht.“

Die Fraktion der Linken machte ihre Stimmenthaltung am Geld fest. Zwar sei es zu begrüßen, wenn die Stadt eigenes Geld für den Wegfall von Bundesmitteln in die Hand nehme. Aber: „Was hier investiert wird, wird an anderer Stelle gekürzt“, behauptete Marion Josten. Schließlich sei der städtische Haushalt durch den rot-grünen NRW-Stärkungspakt gedeckelt. „Dafür wird in der Kinder- und Jugendhilfe gespart“, sagte ihr Parteifreund Roland Koslowski.

Das wollte Hunsteger-Petermann so nicht stehen lassen und ging in dieser Debatte ein drittes Mal ans Rednerpult. Es gebe keine Kürzungen. Allerdings sei es notwendig, Mittel im Jugendbereich umzusteuern, um mehr in Prävention investieren zu können.